

Putin-Dämmerung

Entscheidend ist nicht so sehr die Frage, wie hoch in Russland der Anteil der gefälschten Stimmen war. Wichtiger ist, dass ein namhafter Teil der Wähler nicht mehr willens ist, als Statisten die Entscheidungen der Mächtigen brav zu beklatschen. Russland verhandelt das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft neu. Von Ulrich M. Schmid

An den Dumawahlen vom 4. Dezember erhielt die Regierungspartei Einiges Russland laut offiziellem Resultat 49,5 Prozent der Stimmen. Seither ist die Kritik an der Rechtmässigkeit der Wahl nicht verstummt. Der Philosoph Michail Ryklin schätzt den Anteil des Wahlbetrugs auf 25 Prozent. Näher bei der Realität bewegt sich wohl der Soziologe Lew Gudkow, der bei dieser Wahl von einem für Russland «üblichen» Anteil von 5 bis 8 Prozent gefälschter Stimmen ausgeht. Wenn die Regierungspartei in der Tat über 40 Prozent der Stimmen erhalten hat und mithin immer noch über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung verfügt, stellt sich das Problem, wogegen sich der Protest richtet.

In einer verbotenen Zone

Kaum zu beantworten ist etwa die Frage, welcher politischen Kraft die gefälschten Stimmen denn gestohlen wurden. Sjuganows Kommunisten, die für «sowjetische Formen der Volksherrschaft» eintreten? Mironows Gerechtem Russland, das einen wirtschaftlichen Staatsdirigismus fordert? Schirinowskis Liberaldemokraten mit ihrem rechtspopulistischen Programm? Eine geschickte Antwort gab der Chefideologe des Kremls, Wladislaw Surkow, in einem Interview. Ungewöhnlich sei nicht das Wahlresultat des Jahres 2011, sondern jenes von 2007, als die Regierungspartei 70 Prozent der Sitze erhielt. Die Betrugsvorwürfe seien auch deshalb unbegründet, weil die Wahlprognosen und das Wahlresultat ja sehr nahe beieinanderlägen. Surkow hat als Regierungsvertreter ein Interesse daran, die eklatanten Fälle von Wahlbetrug, die auf Facebook und Youtube dokumentiert sind, herunterzuspielen. Auch der Ministerpräsident selbst deutete die Protestdemonstrationen zu einem Erfolg des «Systems Putin» um, weil sie ja Ausdruck demokratischer Meinungsfreiheit seien. Solche Reaktionen sind natürlich Schadensbegrenzungen. Gleichwohl bleibt der Eindruck, dass die Wahlfälschungen nicht den eigentlichen Kern der Proteste bilden, sondern nur als Symptom für ein tiefer reichendes Unbehagen in der russischen Gesellschaft gedeutet werden müssen.

Aufschlussreich ist ein Gerücht, das in der vergangenen Woche in Moskau die Gemüter erregte. Analytiker hatten auf die Möglichkeit hingewiesen, dass Medwedew noch vor Ablauf seiner Amtszeit als Präsident zurücktreten könnte, damit Putin automatisch als interimistischer Nachfolger nachrücken würde. Das hätte für Putin den Vorteil, dass er im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom 4. März 2012 nicht als Ministerpräsident zurücktreten müsste und sich ähnlich wie im Jahr 2000 bereits im Amt bestätigen lassen könnte. Putin beeilte sich, dieses Gerücht zu dementieren. Das schliesst indes nicht aus, dass hier genau das ursprüngliche Drehbuch des erneuten Rollentausches zwischen Putin und Medwedew skizziert wurde. In dieser Lenkung

der Bürger liegt wahrscheinlich der Grund, warum die Gesellschaft die Hegemonie der Staatsführung nach zehn Jahren plötzlich infrage stellt. In seinen beiden Amtszeiten als Präsident erreichte Putin sehr hohe Zustimmungsraten. Der stillschweigende Vertrag, den Putin mit der russischen Gesellschaft schloss, sah die Freigabe privater Lebensstile und die Ermunterung zu wirtschaftlicher Eigeninitiative vor, allerdings blieb die grosse Politik eine verbotene Zone. Was während der Boomjahre als Garant für politische Stabilität erschien, verkehrt sich nun in sein Gegenteil. Im Jahr 2012 sind die Wähler nicht mehr bereit, in einem vorgefertigten Szenario als Statisten die Kür des Herrschers zu beklatschen. Geändert hat sich vor allem die soziale Struktur: Die Protestdemonstrationen auf den Strassen Moskaus werden von der neuen Mittelschicht getragen – jenen Bürgern, die es zu einer eigenen Wohnung und einem Auto gebracht haben. Sie können als Gewinner der Transformation gelten und fordern nun politische Partizipation. Die wahrscheinlich nicht matchentscheidenden Wahlfälschungen bilden deshalb nur den Auslöser für einen Protest, der sich viel grundsätzlicher gegen eine politische Bevormundung richtet.

Die Klapsmühle stimmt ab

Die Verfälschung des Wählerwillens beginnt nicht an der Urne, sondern bereits viel früher. Eine Umfrage des Levada-Zentrums zeigt, dass die Propaganda von Einiges Russland im Fernsehen, in der Presse und im öffentlichen Raum viel intensiver ausfiel als bei den übrigen Parteien. Man darf aber nicht alle Schuld auf die Polit-Technologen des Kreml abschieben. Ebenso emsig arbeitet die vorausseilende Macht von unten – viele Bürokraten forderten ihre Untergebenen zur Wahl der Regierungspartei auf, um sich die Gunst der Machtzentrale zu sichern. Auch Studierende wurden dazu gedrängt, ihre Stimme für Einiges Russland abzugeben, weil sich das Rektorat von einem guten Wahlresultat Budgeterhöhungen versprach.

Solche institutionellen Druckversuche sind mittlerweile so stark diskreditiert, dass sie parodiert werden. Die Rockgruppe Rabfak hat mit ihrem Song «Die Klapsmühle stimmt für Putin» einen Smash-Hit der politischen Pop-Kultur geschaffen. Das Lied trifft die Stimmung der Protestbewegung: Man will sich vom Establishment nicht mehr für dumm verkaufen lassen und pocht auf Mitbestimmung. Das ist allerdings einfacher gesagt als getan. Charismatische Figuren des Widerstands wie der Blogger Alexei Nawalny vertreten oft fremdenfeindliche und nationalistische Positionen, die nicht mehrheitsfähig sind. Der Oligarch Prochorow, der sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen will, gilt der Mittelschicht eher als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung. Und ob eine neue liberale Partei, wie sie der entlassene Finanzminister Alexei Kudrin

gründen will, Erfolgchancen hat, steht in den Sternen. Der Gesellschaftsvertrag in Russland wird neu ausgehandelt – selbst wenn Putin erneut der Signatar auf Regierungsseite sein sollte, wird das Kleingedruckte nicht mehr denselben Wortlaut aufweisen.

.....
Ulrich M. Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen.